

## Schleswig-Holstein



**Mittendrin:** Özgürcan Bas ist einer von 150 Jugendlichen aus dem ganzen Land, die im Kieler Landeshaus beraten, wie sich Jugendliche stärker gesellschaftlich engagieren können.

FOTO: MARCUS DEWANGER

# Jugendliche wollen stärker mitreden

Erste Jugendaktionskonferenz in Kiel richtet Forderungen an die Politik

Von Kay Müller

**KIEL** Die Ansage ist klar: „Alle, die über 27 Jahre alt sind, verlassen jetzt bitte den Raum“, ruft die Organisatorin der ersten Jugendaktionskonferenz Schleswig-Holstein gestern in den Schleswig-Holstein-Saal des Landtages. Somit ist auch Christian Meyer-Heidemann raus. Der Landesbeauftragte für politische Bildung kann damit aber gut leben: „Das ist so etwas wie ein bewusster Kontrollverlust, denn das ist eine Veranstaltung von und für Jugendliche.“

150 sind es, die sich an diesem Freitag unter dem Motto „Wir für Klima, Demokratie und Gerechtigkeit“ treffen. Dabei sind Schülervertreter, Jugendbeiräte, aber auch Vertreter von Hilfsorganisationen oder Stiftungen. Sie wollen ausloten, wie sie sich am

besten engagieren können und was die Politik dafür tun kann und muss.

Özgürcan Bas ist einer der Teilnehmer. Er ist vielfältig engagiert, bestens vernetzt und hat vor einigen Jahren

*„Der Vorteil an dieser Konferenz ist, dass hier auch andere Jugendliche kommen als die, die man sonst bei solchen Veranstaltungen trifft.“*

**Özgürcan Bas**  
Mitbegründer Junger Rat Kiel

den Jungen Rat der Stadt Kiel mitgegründet. „Der Vorteil an dieser Konferenz ist, dass hier auch andere Jugendliche kommen als die, die man sonst bei solchen Veranstaltungen trifft.“ Und die bringen eine Menge Fragen mit, so wie die 15-jährige Maja aus Halstenbek, die wissen will,

wie sie die Arbeit in ihrem Jugendbeirat noch bekannter machen kann. Neben ihr sitzt Torben, der in der Auszubildendenvertretung des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation aktiv ist. „Viele wissen gar nicht, dass es uns gibt und was wir machen. Das wollen wir ändern.“

Mehrere Stunden debattieren die Jugendlichen und entwickeln am Ende zentrale Forderungen, die sie einigen Landtagsabgeordneten in einer Diskussionsrunde präsentieren. So sprechen sie sich für „Freie Fahrt für Freiwillige“ aus. So sollen alle, die ein Freiwilliges Jahr absolvieren, kostenlos öffentliche Verkehrsmittel nutzen dürfen. Dazu müssten neue Wege gefunden werden, um Jugendliche für bürgerschaftliches Engagement von Unterricht, Ausbildung oder Studium freizustellen.

Eines wird dabei klar: Die Jugendlichen wollen sich engagieren, ihr Umfeld mitgestalten. „Gefühlt hat das politische Interesse der Jugendlichen in den vergangenen Jahren zugenommen“, sagt Theresa Züger vom Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft aus Berlin, die den Eröffnungsvortrag hält. „Die Jugendlichen wählen aber oft flexible Organisationsformen und vernetzen sich über soziale Medien. So sehen sie, dass sie auch alternative Berichterstattung schaffen – und etwas bewegen können.“ Und die Jugendlichen wollen am Ball bleiben. „Ich denke, dass diese Konferenz keine einmalige Aktion bleiben wird“, sagt Christian Meyer-Heidemann. Und Özgürcan Bas ergänzt: „Wenn die anderen Bock darauf haben, warum sollten wir sie stoppen?“